Die kurze Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **84 (1992)**

Heft 2

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

SGB-Gewerkschaften 1991: leichter Mitgliederrückgang

■■■ 442 470 Menschen hatte der SGB Ende 1991 organisiert, 1415 oder 0,3% weniger als vor Jahresfrist. Die «öffentlichen» Gewerkschaften nahmen um 3453 (2,3%) zu, die «privaten» um 4868 (1,6%) Mitglieder ab. Erfreulich: die Frauen nahmen um 2260 (4%) zu. Weniger erfreulich: die Gewerkschaften verloren 3675 organisierte Männer. Während die zwei grössten Gewerkschaften, GBH und SMUV, 983 (0,8%) resp. 1175 (1,1%) Mitglieder verloren, legte die drittgrösste Gewerkschaft, der Eisenbahnerverband (SEV), mit 1872 mehr Mitgliedern kräftig zu. Den prozentual grössten Zuwachs erzielte der VSTTB, der Verband der Telephon und Telegraphbeamtinnen, mit einer Zunahme von 6,1%. ■■■

SMUV und VPOD: Rüstung konvertieren, Arbeitsplätze erhalten

■■■ Der Rüstungsindustrie steht ein massiver Beschäftigungsrückgang bevor. Rüstungskonversion heisst die Losung, mittels derer die Gewerkschaften SMUV und VPOD gleichzeitig den Erhalt sicherer Arbeitsplätze und Friedenspolitik betreiben wollen. Rüstungskonversion hat aber regional abgestimmt zu erfolgen, muss auf ein ziviles Angebot von (neu geschaffener) Arbeit und Finanzspritzen einer aktiven Wirtschaftsförderung zurückgreifen können. Die Umstellung auf zivile Produktion bedingt die Mitsprache der Beschäftigten. Mittels Konversionsworkshops und Arbeitskreisen, die sich mit möglichen betrieblichen Alternativen beschäftigen, gehen SMUV und VPOD ihre grossangelegte Aktion zum Erhalt von ins Sinnvolle gewendeten Arbeitsplätzen auch bildungsmässig und konkret an. Die Rüstungskonversion soll zudem auch in die GAV-Politik einfliessen. ■■■

GBH-Sägereien: gegen Sägerei an Tieflöhnen

■■■ Seit dem Sommer 1991 herrscht für die rund 8400 in der Sägerei- und Holzindustrie Beschäftigten Vertragslosigkeit. Der Arbeitgeberverband will statt wie von der GBH gefordert 4,5 bloss 4% Teuerungsausgleich ausrichten. Gleichzeitig sollen die Hilfsarbeiterlöhne für alle, welche für weniger als ein Jahr angestellt werden, von heute 15,10 auf 14,50 Franken gesenkt werden. Natürlich wehrt sich die GBH gegen solche Hungerlöhne und hat erste Protestaktionen eingeleitet. ■■■

Arbeitnehmerschutzrecht dringlich reformieren

■■■ Das komplizierte, allzu verästelte und verzettelte System des schweizerischen Arbeitnehmerschutzrechtes sei an Haupt und Gliedern zu reformieren, forderte SGB-Sekretär Dani Nordmann an einer Tagung zum Europäischen Jahr der Arbeitssicherheit und Gesundheitsvorsorge. Damit der bevorstehende Ausbau des Gesundheitsschutzes nicht nur papierene Realität bleibe, stellte Nordmann die folgenden Forderungen in den Raum:

- Alle relevanten Gesundheitsschutzbestimmungen müssen in einem Gesetz und dessen Verordnung integriert werden.
- Alle Organe, die den Gesundheitsschutz auf schweizerischer Ebene durchführen und überwachen, müssen in einer Institution zusammengefasst werden.
- Die personelle Ausstattung der zuständigen Stellen des Bundes und vor allem auch der kantonalen Instanzen muss erhöht werden.
- Die diesbezügliche Rolle der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. ihrer Verbände muss in den Betrieben, auf kantonaler und eidgenössischer Ebene gestärkt werden.

■■■

Arbeitgeber gegen Lohnindexierung

■■■ «Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein (Vorort) haben vom Entscheid von Bundesrat und Nationalrat, den Bundesbeschluss über die Teuerungszulagen an das Bundespersonal unverändert zu verlängern, mit Bedauern Kenntnis genommen. Mit der Fortführung der automatischen und vollen Indexierung der Beamtenlöhne wird ein Zeichen gesetzt, das nicht nur den immer wieder bekräftigten Aufforderungen des Bundesrates nach Aufbrechen traditioneller und verkrusteter Mechanismen, nach Deregulierung und Flexibilisierung widerspricht, sondern auch in der volkswirtschaftlichen Begründung auf schwachen Füssen steht.»
Unsere Frage:
Wer steht da eigentlich auf schwachen Füssen?
Quelle SAZ 13/92. ■■■

GBH-Keramische: Erfolg

■■■ Nachdem die Lohnverhandlungen in der keramischen Industrie lange umstritten blieben, rief die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) schliesslich das Schiedsgericht an. Die GBH hatte 50 Rappen Lohnerhöhung pro Stunde gefordert, die Arbeitgeber offerierten 40 Rappen. Der Entscheid des Schiedsgerichts: je nach Kategorie erhalten die Beschäftigten 49 bzw. 50 Rappen mehr Lohn pro Stunde. Die Arbeitgeber müssen die Differenz auf den Jahresbeginn rückwirkend auszahlen.
Quelle: GBH-Zeitung 6/92.
■■■